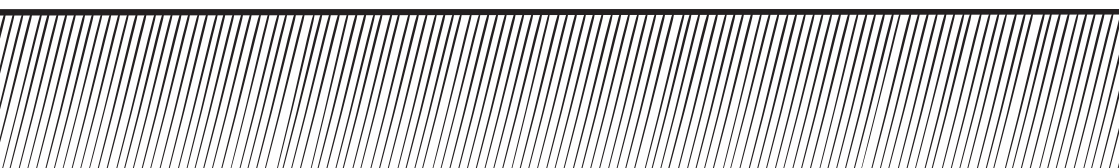




Erfolgreich vor Ort

Erwartungen der
hessischen Wirtschaft an
die Kommunalwahl in
Hessen 2021



12 |

Umwelt und Klima

Kooperation mit den Unternehmen

Wirtschaftsstandort braucht intakte Umwelt

Die Attraktivität als Wirtschaftsstandort hängt maßgeblich auch von der lokalen Lebensqualität ab. Städte und Gemeinden sind umso lebenswerter, je sauberer die Böden, Wasser und Luft sind und je vielfältiger die Natur ist. Umweltschutz trägt auch zur Steigerung der wirtschaftlichen Standortqualität bei – nicht zuletzt kann er die Fachkräftegewinnung erleichtern. Dazu gehören u. a. ausreichende und gepflegte Grünanlagen sowie der Erhalt und Ausbau von Naherholungsgebieten.

Umwelt mit Augenmaß und Verstand schützen

Umweltschutz gelingt umso besser, wenn er nicht zu Lasten der Wirtschaft geht. Kommunale Entscheider sollten sich für eine praktikable und rationale Umweltpolitik einsetzen. Dazu gehört eine bessere Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes im Umwelt-, Natur- und Artenschutz. Gleichzeitig erhöhen eine frühzeitige Einbindung der betroffenen Bürger und Unternehmen und eine dialogorientierte Interessenabwägung die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen.

Prinzip Kooperation statt Konfrontation ausbauen

Im praktischen Vollzug des Umweltrechts arbeiten die kommunalen Umweltbehörden zumeist partnerschaftlich mit den Unternehmen zusammen. Das Prinzip Kooperation statt Konfrontation sollte in der Zusammenarbeit erhalten und – wo immer möglich – ausgebaut werden, etwa durch die Nutzung der Umweltallianz Hessen.

Anpassung an Klimawandel ist Aufgabe von Kommunen

In der Klimapolitik haben die Städte und Gemeinden die Aufgabe, sich auf die Folgen des prognostizierten Klimawandels vorzubereiten. Mit Blick auf den Temperaturanstieg geht es zum Beispiel um mehr Beschattung öffentlicher Räume, um Begrünung von Plätzen und Gebäuden oder um genügend Frischluftschneisen. Hinsichtlich vermehrter Starkregenereignisse sind die Aufnahmefähigkeit der Böden und Retentionsbecken zu erhöhen und ggf. die Kanalisation anzupassen.

Kommunen können keinen wirksamen Klimaschutz betreiben

In den Sektoren, die in der EU bzw. in Deutschland den Großteil der CO₂-Emissionen ausstoßen, gibt es bereits eine CO₂-Mengenbegrenzung (EU: Industrie, Stromerzeugung, Luftverkehr) oder sie wird ab 2021 eingeführt (Deutschland: Straßenverkehr, Gebäude). In diesen Sektoren kann ein „Mehr an Klimaschutz“ nur durch eine Absenkung der CO₂-Obergrenzen erreicht werden, nicht durch lokale Einzelmaßnahmen. Kommunen können in diesen Sektoren keine eigenständig wirksamen Klimaschutzmaßnahmen ergreifen – selbst wenn manche es noch so oft behaupten. Klimaschutz in den großen Sektoren können wirksam nur die EU bzw. der Bund betreiben. Die Kommunen sollten sich auf die Klimaanpassung fokussieren.

Gewinnung von Rohstoffen ermöglichen

Wenn Bevölkerung und Wirtschaft wachsen, steigt der Bedarf an Bau- und Rohstoffen. Lagerstätten, aus denen Rohstoffe gewonnen werden können, sind standortgebunden und nicht vermehrbar. Diese Standortgebundenheit unterscheidet die Rohstoffgewinnung von anderen Wirtschaftszweigen, die in der Wahl ihres Standortes meist freier sind. Die Gewinnung wichtiger Rohstoffe, wie z.B. Kalisalze, Natursteine, Sand, Kies und Tone, sollte wirtschaftlich und nah an den Orten erfolgen, wo sie weiter verarbeitet werden. So sinken Transportkosten und Emissionen, so werden Baukosten gedämpft. Kostensenkungen sind auch im Interesse öffentlicher Auftraggeber, die Straßen und Gebäude errichten lassen.

Kommunalpolitiker müssen sich für attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen der Rohstoffgewinnung stark machen – dies gilt auch für die heimische Kaliindustrie. Auch wenn Kommunen nicht selbst Gewinnungsstätten zum Abbau von Rohstoffen genehmigen, so sollten die kommunalen Parlamentarier in der Bevölkerung für die Vorteile der heimischen Rohstoffgewinnung werben. Sie sollten die notwendigen Genehmigungen zum Fortbestand und zur Ausweitung bestehender Anlagen oder die Schaffung neuer Tagebaue befürworten und dazu beitragen, dass diese im gemeinsamen, transparenten und zielführenden Austausch mit den Vertretern von Bürgerinitiativen nicht verzögert bzw. verhindert werden.

Genügend Entsorgungskapazitäten für Bauabfälle gewährleisten

Bei der Erschließung von Bauflächen sowie der Sanierung und Errichtung von Häusern, Brücken, Straßen und Abwasserkanälen entstehen Bau- und Abbruchabfälle. In Hessen handelt es sich größtenteils um mineralische Bau- und Abbruchabfälle, etwa Bodenmaterial,

Bauschutt und Straßenaufbruch. Sie sind ganz überwiegend ökologisch unschädlich. Für sie müssen ausreichende Kapazitäten zur sicheren Verwertung und Entsorgung bereitgestellt werden.

In Gemeinden, in denen ehemalige Tagebaue verfüllt werden, sollten die kommunalen Entscheider diese Betriebe unterstützen: Sie sollten in der Bevölkerung für die Akzeptanz der ortsnahen Verfüllung ungefährlicher Baureststoffe als Teil der Renaturierung von Tagebauen werben. In Gemeinden, in denen Deponien betrieben werden oder potenziell dafür geeignet sind, sollten sich Kommunalpolitiker zur Notwendigkeit von Deponien bekennen und keine „nimby-Politik“ betreiben („not in my backyard“). Wo es geologisch sicher möglich ist, sollte der benötigte neue Deponieraum geschaffen werden können.

Luftreinhaltung: Fahrverbote verhindern

Die Beschäftigten in hessischen Betrieben benötigen saubere Luft wie alle Bürger. Um die Luftqualität in Städten tatsächlich und seriös zu bewerten, bedarf es aussagekräftiger Daten. Kommunalpolitiker sollten sich dafür einsetzen, dass Stickoxid-Messungen nicht länger an Stellen mit besonders hoher Konzentration durchgeführt werden, etwa an einem Tunnelausgang. Die Antwort auf erhöhte Messwerte soll und braucht nicht Fahrverbote sein, denn sie sind in aller Regel unverhältnismäßig. Intelligentere Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität sind Fahrverboten vorzuziehen, etwa der Ausbau der Bus- und Bahnangebote, die Umrüstung der Busflotten oder die Verflüssigung des Verkehrs u. a. durch Telematik.

Freiwilliges Engagement wertschätzen

Ob Landwirte, Winzer, Waldbesitzer oder Jäger: Viele Bürger und Betriebe leisten einen großen Beitrag zum Schutz der Natur und der Artenvielfalt. Kommunalpolitiker sollten dieses Engagement fördern, indem sie ihre Anliegen wertschätzen und sich ihre Expertise stärker bei der Umsetzung lokaler Umweltprojekte zunutze machen.